



Internationale
Arbeitsorganisation

► IAO-Flaggschiffbericht

► Weltbericht zur sozialen Sicherheit 2020–22



Soziale Sicherheit
am Scheideweg
– Streben nach einer
besseren Zukunft

Zusammenfassung

Trotz der Fortschritte der vergangenen Jahre bei der Ausweitung der sozialen Sicherung in vielen Teilen der Welt standen zahlreiche Länder, als die COVID-19-Pandemie ausbrach, noch immer vor großen Herausforderungen bei der Verwirklichung des Menschenrechts auf soziale Sicherheit für alle. Dieser Bericht bietet einen globalen Überblick darüber, welche Fortschritte in den letzten zehn Jahren in aller Welt bei der Ausweitung des Sozialschutzes und dem Aufbau von auf Rechte gegründeten sozialen Sicherungssystemen, einschließlich eines Basisschutzes, vor dem Hintergrund von COVID-19 erzielt wurden, und trägt somit maßgeblich zum Überwachungsrahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bei.

Aus dem Bericht lassen sich fünf Botschaften ableiten:

Die Pandemie hat länderübergreifend tief verwurzelte Ungleichheiten und erhebliche Lücken bei der sozialen Absicherung sowie in Bezug auf Umfang und Angemessenheit des Sozialschutzes offenbart. Allgegenwärtige Herausforderungen, wie etwa ein hohes Maß an wirtschaftlicher Unsicherheit, anhaltende Armut, zunehmende Ungleichheit, ausgedehnte Informalität und ein fragiler Gesellschaftsvertrag, wurden durch COVID-19 noch verschärft. Zudem hat die Krise deutlich gemacht, wie verletzlich Milliarden von Menschen sind, die relativ gut zurechtzukommen schienen, jedoch nicht ausreichend gegen die von COVID-19 ausgehenden sozioökonomischen Schockwellen geschützt waren. Aufgrund der sozioökonomischen Auswirkungen der Pandemie konnten die politischen Entscheidungsträger kaum umhin, auf verschiedene Bevölkerungsgruppen – darunter Kinder, ältere Menschen, unbezahlte Pflegekräfte sowie in atypischen Beschäftigungsverhältnissen und in der informellen Wirtschaft tätige Frauen und Männer – einzugehen, die von den bestehenden sozialen Sicherungsmaßnahmen entweder unzureichend oder überhaupt nicht erfasst wurden. Der Bericht beleuchtet diese Lücken und macht auf diese Weise deutlich, dass die Länder pandemiebedingt beispiellose Politikmaßnahmen getroffen haben, die der sozialen Sicherung oberste Priorität einräumen.

COVID-19 löste eine einzigartige Reaktion der Sozialpolitik aus. Regierungen setzten die soziale Sicherung als erste Maßnahme zum Schutz der Gesundheit, der Arbeitsplätze und der Einkommen der Menschen und zur Gewährleistung von sozialer Stabilität ein. Wo es notwendig war, weiteten sie die Absicherung auf zuvor

nicht geschützte Gruppen aus, erhöhten den Leistungsumfang oder führten neue Leistungen ein, passten die Verwaltungs- und Zugangsmechanismen an und mobilisierten zusätzliche finanzielle Mittel. Anders als wohlhabenderen Ländern fiel es vielen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen trotz einer gewissen internationalen Unterstützung schwer, auf die Krise durch angemessene Sozialleistungen und Konjunkturmaßnahmen zu reagieren und die nachteiligen Auswirkungen der Pandemie einzudämmen. Diese Schwierigkeiten sind weitgehend auf signifikante Absicherungs- und Finanzierungslücken zurückzuführen.

Die sozioökonomische Erholung ist nach wie vor ungewiss und erhöhte Ausgaben für soziale Sicherung werden weiterhin von entscheidender Bedeutung sein. Der IWF warnte in seinen aktuellen Prognosen vor einer unterschiedlich verlaufenden Erholung, wonach die wohlhabenderen Länder einen raschen wirtschaftlichen Aufschwung verzeichnen würden, einkommensschwächere Nationen aber mit Rückschritten zu kämpfen haben würden, die ihre jüngsten Entwicklungserfolge zunichte machen könnten. Um überall eine am Menschen orientierte Erholung zu gewährleisten, ist ein chancengleicher Zugang zu Impfstoffen unumgänglich. Dies ist nicht nur ein moralisches Gebot, sondern auch eine gesundheitspolitische Notwendigkeit: eine tiefe Kluft bei der Verfügbarkeit von Impfstoffen wird neue Virusmutationen entstehen lassen, die den Nutzen von Impfstoffen für die öffentliche Gesundheit überall untergraben. Schon jetzt deuten der ungleiche Zugang zu Impfstoffen, die sichtbar klaffenden Lücken bei den Krisenreaktionsmaßnahmen, die ungehört verhallenden Aufrufe zu globaler Solidarität, die zunehmende Armut und Ungleichheit sowie der Rückgriff auf Sparkurse allesamt auf eine ungleichmäßige Erholung hin. In einem solchen Szenario werden viele Menschen auf sich selbst gestellt sein und die bisherigen Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda 2030 und der Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit zunichte gemacht werden.

Die Länder stehen hinsichtlich der Entwicklung ihrer sozialen Sicherungssysteme an einem Scheideweg. Wenn es überhaupt einen Silberstreif am Horizont in dieser Krise gibt, dann der, dass sie uns eindringlich daran erinnert, wie entscheidend wichtig Investitionen in soziale Sicherung sind; allerdings sehen sich viele Länder auch erheblichen finanzpolitischen Zwängen gegenüber. Dieser Bericht zeigt, dass nahezu alle Länder ungeachtet ihres Entwicklungsstands vor

der Wahl stehen zwischen einer „High-Road“- (Qualitäts-)Strategie, bei der sie in den Ausbau ihrer sozialen Sicherungssysteme investieren, oder einer „Low-Road“- (minimalistischen) Strategie, die finanziellem oder politischem Druck nachgibt. Die Länder können die durch die Pandemie eröffnete politische Chance nutzen und aufbauend auf ihren Maßnahmen zur Krisenbewältigung ihre sozialen Sicherungssysteme stärken und Schutzlücken schrittweise schließen, um sicherzustellen, dass alle Menschen sowohl gegen systemische Schocks als auch gegen die im Lebensverlauf gewöhnlich auftretenden Risiken geschützt sind. Dazu müssten sie sich verstärkt um den Aufbau universeller, umfassender, angemessener und nachhaltiger sozialer Sicherungssysteme bemühen, einschließlich eines soliden sozialen Basisschutzes, der allen Menschen während ihres gesamten Lebens zumindest eine soziale Grundsicherung garantiert. Die

Alternative wäre, sich mit einem minimalistischen Ansatz zufrieden zu geben, der auf Investitionen in die soziale Sicherung verzichtet, und Länder in eine Falle führt, die aufgrund von geringen Investitionen die menschliche Entwicklung nur wenig voranbringt. Damit ginge eine Chance verloren, die sozialen Sicherungssysteme zu stärken und Gesellschaften zugunsten einer besseren Zukunft umzugestalten.

Der Weg zu universeller sozialer Sicherung und die Verwirklichung des Menschenrechts auf soziale Sicherheit für alle sind die Eckpfeiler eines am Menschen orientierten Ansatzes für die Herbeiführung sozialer Gerechtigkeit. Sie tragen dazu bei, Armut zu verhindern und Ungleichheit einzudämmen, die menschlichen Fähigkeiten und die Produktivität zu steigern, Würde, Solidarität und Fairness zu fördern und den Gesellschaftsvertrag neu zu beleben.

► **Der Stand der sozialen Sicherung: Die bisherigen Fortschritte reichen nicht aus**

Im Jahr 2020 waren nur 46,9 Prozent der Weltbevölkerung effektiv durch mindestens eine Sozialleistung¹ (SDG-Indikator 1.3.1; siehe Abbildung 1) abgedeckt, während die übrigen 53,1 Prozent – immerhin 4,1 Milliarden Menschen – komplett ohne entsprechende Absicherung waren. Hinter diesem globalen Durchschnitt verbergen sich erhebliche Ungleichheiten zwischen und innerhalb von Regionen: während die Bevölkerung in Europa und Zentralasien (83,9 Prozent) sowie in Nord- und Südamerika (64,3 Prozent) noch relativ gut abgedeckt ist, bestehen in Asien und dem Pazifik (44,1 Prozent), den arabischen Staaten (40,0 Prozent) und in Afrika (17,4 Prozent) weit größere Sicherungslücken.

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung und zu Leistungen bei Krankheit und Arbeitslosigkeit hat während der Pandemie besondere Bedeutung erlangt. Zwar sind nahezu zwei Drittel der Weltbevölkerung in irgendeiner Form durch ein Gesundheitssystem geschützt, doch bestehen nach wie vor erhebliche Lücken hinsichtlich der Absicherung und Angemessenheit. In Bezug auf den Einkommensschutz bei Krankheit und Arbeitslosigkeit sind diese Lücken der Absicherung und Angemessenheit noch stärker ausgeprägt. Für

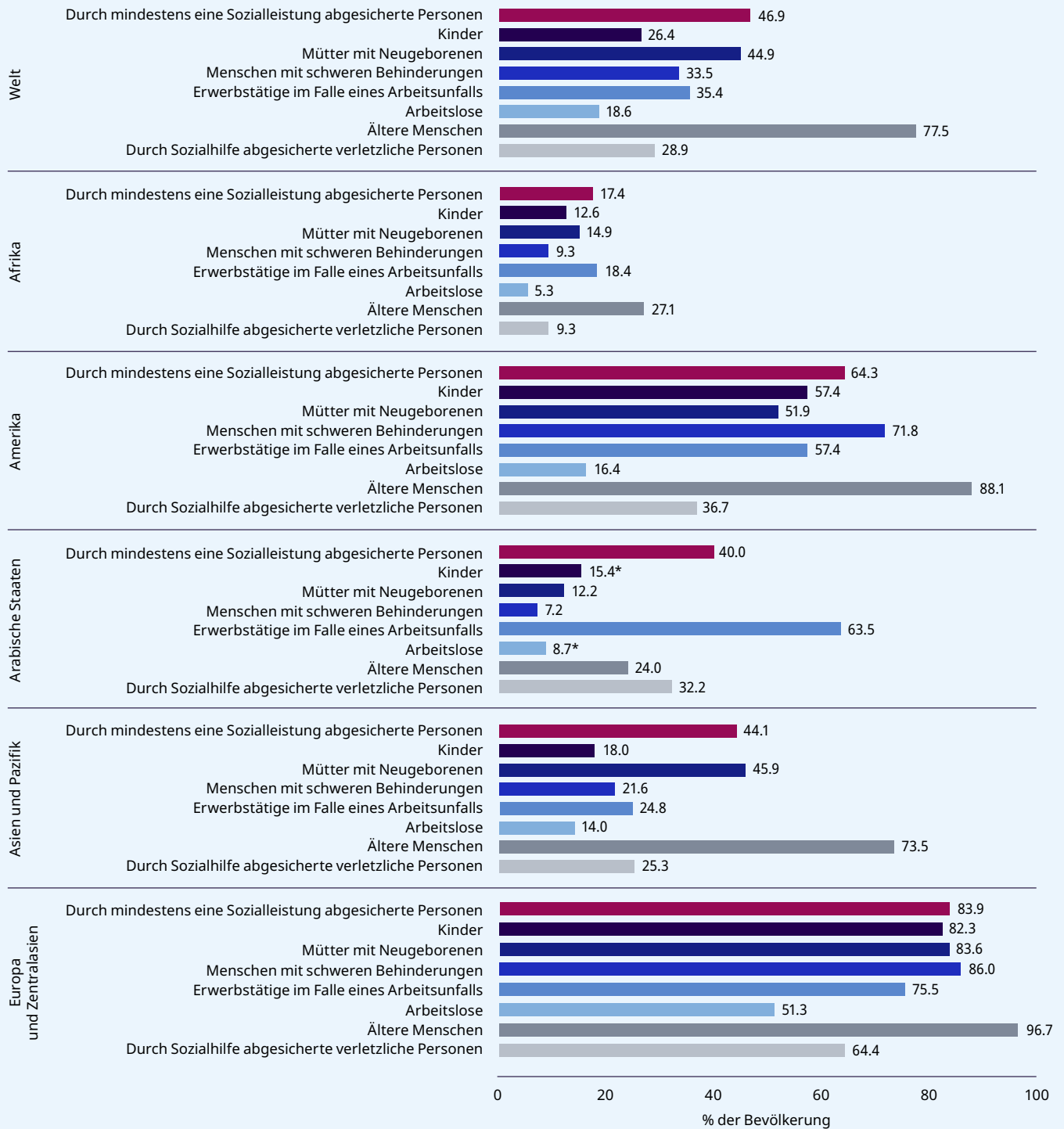
etwa ein Drittel der Menschen im erwerbsfähigen Alter besteht ein gesetzlicher Schutz der Einkommenssicherung im Krankheitsfall, und weniger als ein Fünftel der Arbeitslosen weltweit erhält tatsächlich Arbeitslosenleistungen.

Die Lücken in Bezug auf den Zugang zu sozialer Sicherung und den Umfang und die Angemessenheit von Sozialleistungen sind durch erhebliche Unterinvestitionen in diesen Bereich bedingt, insbesondere in Afrika, den arabischen Staaten und in Asien. Im Durchschnitt wenden die Länder 12,9 Prozent ihres BIP für den Sozialschutz (ohne Gesundheit) auf, doch hinter diesem Wert verbergen sich gewaltige Unterschiede. Länder mit hohem Einkommen investieren im Durchschnitt 16,4 Prozent ihres BIP, also doppelt so viel wie Länder der oberen mittleren Einkommensgruppe (8 Prozent), sechs Mal so viel wie Länder der unteren mittleren Einkommensgruppe und 15 Mal so viel wie Länder mit niedrigem Einkommen (2,5 bzw. 1,1 Prozent).

Die Lücke in der Finanzierung eines sozialen Basisschutzes hat sich seit Beginn der COVID-19-Krise um etwa 30 Prozent vergrößert, was auf den gestiegenen Bedarf an Gesundheitsleistungen,

¹ Ohne Gesundheitsversorgung und Leistungen bei Krankheit.

► **Abbildung 1. SDG-Indikator 1.3.1: Effektiver Zugang zu sozialer Sicherung, globale und regionale Schätzungen, nach Bevölkerungsgruppen, 2020 oder letztes verfügbares Jahr**



* Die gemeldeten Daten, auf denen die Schätzungen beruhen, beziehen sich auf weniger als 40% der Bevölkerung, daher ist bei der Interpretation Vorsicht geboten.

Anmerkung: Die globalen und regionalen Aggregate sind nach den entsprechenden Bevölkerungsgruppen gewichtet.

Quellen: IAO, [World Social Protection Database](#), auf der Grundlage der SSI (ILO Social Security Inquiry), ILOSTAT und nationalen Quellen.

Maßnahmen zur Einkommenssicherung und einen krisenbedingten Rückgang des BIP in vielen Ländern zurückzuführen ist. Um zumindest eine soziale Grundsicherung in Form eines national definierten sozialen Basisschutzes zu garantieren, müssten die Länder der unteren mittleren Einkommensgruppe zusätzlich 362,9 Milliarden US-Dollar und die Länder der oberen mittleren Einkommensgruppe weitere 750,8 Milliarden US-Dollar jährlich investieren, was 5,1 bzw. 3,1 Prozent ihres jeweiligen BIP entspricht. Die Länder mit niedrigem Einkommen müssten 77,9 Milliarden US-Dollar bzw. 15,9 Prozent ihres BIP zusätzlich investieren.

Die COVID-19-Pandemie droht, die jahrelangen Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) zu gefährden und die Erfolge bei der Armutsverringerung zunichte zu machen. Zudem hat sie die länderübergreifend bereits bestehenden gravierenden Schutzlücken

offenbart und die politischen Entscheidungsträger gezwungen, die anhaltenden Sozialschutzdefizite, von denen insbesondere bestimmte Gruppen, wie z.B. Beschäftigte in der informellen Wirtschaft, Migranten und unbezahlte Pflegekräfte, betroffen waren, nicht länger zu ignorieren.

Diese Krise hat eine einzigartige, aber ungleichmäßige globale Reaktion im Bereich der sozialen Sicherung ausgelöst. Länder mit höherem Einkommen waren besser in der Lage, ihre bestehenden Systeme zu nutzen oder neue Sofortmaßnahmen einzuführen, um die Auswirkungen der Krise auf Gesundheit, Arbeitsplätze und Einkommen abzufedern. Länder mit niedrigerem Einkommen hatten größere Schwierigkeiten, die Krise zu bewältigen, denn sie waren denkbar schlecht vorbereitet und hatten weniger handlungspolitischen Spielraum, insbesondere in makroökonomischer Hinsicht.

► Die soziale Sicherung von Kindern ist nach wie vor ungenügend und nicht ausreichend für die Erschließung ihres Potenzials

Eckpunkte

- Die überwiegende Mehrheit der Kinder ist sozial noch immer nicht effektiv abgesichert: weltweit erhalten nur 26,4 Prozent der Kinder Sozialleistungen. In einigen Regionen ist die effektive Absicherung besonders niedrig: 18 Prozent in Asien und dem Pazifik, 15,4 Prozent in den arabischen Staaten und 12,6 Prozent in Afrika.
- Zu den positiven Entwicklungen der letzten Zeit gehört, dass mehrere Länder ein universelles oder nahezu universelles Kindergeld beschlossen haben und dass vor dem Hintergrund von COVID-19 die wesentliche Bedeutung inklusiver sozialer Sicherungssysteme und qualitativ hochwertiger Kinderbetreuungsangebote sowie die Notwendigkeit der sozialen Absicherung von Betreuungspersonen erneut ins Bewusstsein gerückt sind.
- Im Durchschnitt sind die nationalen Ausgaben für Sozialleistungen für Kindern mit lediglich 1,1 Prozent des BIP zu niedrig; im Vergleich betragen die Aufwendungen für Renten 7 Prozent des BIP. In den Regionen der Welt mit dem größten Anteil von Kindern an der Bevölkerung und dem größten Bedarf an sozialer Sicherung, sind der Zugang zu sozialer Sicherung und die Sozialleistungsausgaben mit am geringsten, insbesondere in Afrika südlich der Sahara (0,4 Prozent des BIP).
- Um den durch COVID-19 bedingten drastischen Anstieg der Kinderarmut zu bekämpfen, Lücken in der sozialen Absicherung zu schließen und die besten Ergebnisse für Kinder und die Gesellschaft zu liefern, müssen die politischen Entscheidungsträger einen integrierten Systemansatz verfolgen, der Kindergeld und Betreuungsangebote für Kinder, die Gewährung von Elternurlaub und den Zugang zur Gesundheitsversorgung umfasst.

► Der Sozialschutz von Frauen und Männern im erwerbsfähigen Alter bietet keine ausreichende Absicherung die wichtigsten Risiken

Eckpunkte

- *Mutterschaft*: Einige Länder haben entscheidende Fortschritte auf dem Weg zu einer universellen oder nahezu universellen effektiven Absicherung bei Mutterschaft erzielt. Trotz des positiven Entwicklungseffekts, der sich aus der Unterstützung von Frauen im gebärfähigen Alter ergibt, erhalten weltweit nur 44,9 Prozent der Frauen mit Neugeborenen eine Geldleistung bei Mutterschaft.
- *Krankheit*: Die Krise hat gezeigt, wie wichtig Einkommenssicherung im Krankheitsfall, auch bei Quarantäne, ist. Allerdings kann nur ein Drittel der Weltbevölkerung im erwerbsfähigen Alter bei Krankheit einen gesetzlichen Schutz der Einkommenssicherung beanspruchen.
- *Behinderung*: Mit 33,5 Prozent ist der weltweite Anteil an Menschen mit schweren Behinderungen, die eine Sozialleistung für Menschen mit Behinderungen erhalten, nach wie vor gering. Erwähnenswert ist, dass mehrere Länder mittlerweile Programme für universelle Sozialleistungen für Menschen mit Behinderungen eingeführt haben.
- *Arbeitsunfall*: Nur 35,4 Prozent der globalen Erwerbsbevölkerung haben effektiven Zugang zu Sozialleistungen im Falle eines Arbeitsunfalls. Viele Länder haben Erkrankungen an COVID-19 als Arbeitsunfall anerkannt, um einen einfacheren und rascheren Zugang zu den damit verbundenen Leistungen im Rahmen der Arbeitsunfallversicherung zu gewährleisten, insbesondere für Beschäftigte in den am stärksten exponierten Branchen.
- *Arbeitslosigkeit*: Gerade einmal 18,6 Prozent der Arbeitslosen weltweit sind effektiv im Fall von Arbeitslosigkeit abgesichert und erhalten somit tatsächlich Arbeitslosenleistungen. Dieser Zweig der sozialen Sicherung ist nach wie vor der am wenigsten entwickelte. Die Pandemie hat jedoch deutlich gemacht, wie überaus wichtig Arbeitslosensysteme dafür sind, Arbeitsplätze und Einkommen durch Regelungen zum Erhalt des Arbeitsplatzes und Leistungen bei Arbeitslosigkeit zu schützen.
- *Ausgabenschätzungen* lassen erkennen, dass weltweit nur 3,6 Prozent des BIP für Sozialleistungen bereitgestellt werden, um Einkommenssicherheit für Menschen im erwerbsfähigen Alter zu gewährleisten.

► Bei Sozialleistungen für ältere Frauen und Männer bestehen noch immer Herausforderungen in Bezug auf Zugang und Angemessenheit

Eckpunkte

- Renten für ältere Frauen und Männer sind die am weitesten verbreitete Sozialleistung in der Welt und ein zentraler Faktor bei der Erfüllung der SDG-Zielvorgabe 1.3. Weltweit beziehen 77,5 Prozent der Menschen im Rentenalter eine Altersrente in irgendeiner Form. Allerdings bestehen weiter erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen der Welt, ländlichen und städtischen Gebieten sowie zwischen Frauen und Männern. Die Ausgaben für Renten und andere Leistungen für ältere Menschen betragen im Durchschnitt 7,0 Prozent des BIP, und auch hier sind große Schwankungen zwischen den Regionen festzustellen.
- Bei der Ausweitung des Zugangs zu Renten in Entwicklungsländern wurden deutliche Fortschritte erzielt. Noch erfreulicher ist, dass in einer Vielzahl von Ländern, einschließlich Ländern der unteren mittleren Einkommensgruppe, universelle Renten als Bestandteil des nationalen sozialen Basisschutzes eingeführt wurden.
- Die COVID-19-Krise hat die Kosten und die Finanzierung der Rentensysteme zusätzlich unter Druck gesetzt, doch ist langfristig nur mit geringen bis moderaten Auswirkungen zu rechnen. Die massive Reaktion der Länder auf die Krise hat deutlich gemacht, wie wichtig soziale Sicherung für ältere Menschen ist, einschließlich Langzeitpflegeleistungen, insbesondere in Krisenzeiten. Es ist dringend notwendig,

die Langzeitpflegesysteme zu stärken, um die Rechte von Pflegebedürftigen und Pflegepersonen gleichermaßen zu schützen.

- Viele Rentenreformen zielten auf die Verbesserung der finanziellen Tragfähigkeit ab, was allerdings oft zu Lasten anderer in den internationalen Normen zur sozialen Sicherheit verankerten Grundsätze ging, etwa Universalität, Angemessenheit und Vorhersehbarkeit der Leistungen, Solidarität und kollektive Finanzierung. Diese sind unabdingbar für die Sicherung der Einkommen älterer Menschen, welches das vorrangige Ziel eines jeden Rentensystems

ist und bleiben sollte. Die Sicherstellung der Angemessenheit der Leistungen ist besonders relevant für Frauen, Erwerbstätige im Niedriglohnsektor und Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Darüber hinaus haben viele Länder in aller Welt noch immer Schwierigkeiten bei der Ausweitung und Finanzierung ihrer Rentensysteme. Sie sind mit strukturellen Hindernissen konfrontiert, verbunden unter anderem mit einem niedrigen Entwicklungsstand der Wirtschaft, einer hohen Informalität, einer geringen Beitragskapazität, Armut und unzureichendem finanzpolitischem Spielraum.

► **Soziale Sicherung im Bereich Gesundheit: Ein wesentlicher Beitrag zur allgemeinen Gesundheitsversorgung**

Eckpunkte

- Der Anteil der abgesicherten Bevölkerung konnte erheblich gesteigert werden; mittlerweile sind nahezu zwei Drittel der Weltbevölkerung durch ein Gesundheitssystem geschützt. Allerdings bestehen nach wie vor Hindernisse beim Zugang zur Gesundheitsversorgung in Form von Zuzahlungen für Gesundheitsleistungen, räumlicher Entfernung, Einschränkungen bei Angebot, Qualität und Annehmbarkeit von Gesundheitsleistungen sowie langen Wartezeiten und Opportunitätskosten, etwa Arbeitszeitausfall. Die COVID-19-Krise hat deutlich gemacht, dass die Leistungen häufig nicht ausreichend sind und Zuzahlungen verringert werden müssen.
- Kollektive Finanzierung, breite Risikostreuung und auf Rechte gegründete Ansprüche sind entscheidende Voraussetzungen für die Förderung eines effektiven Zugangs zu einer Gesundheitsversorgung, die allen zugutekommt und auf Schocks reagieren kann. Die in den IAO-Normen verankerten Grundsätze sind bei der Verwirklichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung und insbesondere im aktuellen gesundheitspolitischen Kontext relevanter denn je. Dazu gehört die Verbesserung der Datenbasis zur gesetzlichen Absicherung, um die Fortschritte in Bezug auf den Zugang zur Gesundheitsversorgung und Chancengleichheit zu analysieren.

- Es ist entscheidend, in die Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger Gesundheitsdienste zu investieren. Die COVID-19-Pandemie hat die Notwendigkeit, in die Gesundheitsversorgung zu investieren und die Abstimmung innerhalb des Gesundheitssystems zu verbessern, noch deutlicher zutage treten lassen, und lenkt die Aufmerksamkeit auf die Herausforderungen bei der Anwerbung, dem Einsatz, der langfristigen Bindung und dem Schutz von ausreichend gut ausgebildeten, unterstützten und motivierten Fachkräften, die Gesundheitsleistungen von hoher Qualität erbringen können.
- Um die wichtigsten Determinanten von Gesundheit wirksamer anzugehen, sind eine engere Verflechtung und eine bessere Koordinierung zwischen den Mechanismen für den Zugang zu medizinischer Versorgung und für Einkommenssicherheit vonnöten. Vor dem Hintergrund der COVID-19-Krise sind die Rolle, die das soziale Sicherungssystem bei der Formung von Verhaltensweisen zugunsten der Prävention spielt, sowie die Komplementarität von Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung stärker ins Blickfeld gerückt. Die Ansätze müssen insbesondere in Bezug auf spezifische und neu entstehende Bedürfnisse koordiniert werden, darunter die Mobilität der Bevölkerung, die zunehmende Belastung durch langwierige und chronische Krankheiten sowie die Alterung der Bevölkerung. Die Auswirkungen von COVID-19 auf ältere Menschen haben ein zusätzliches Licht auf die Notwendigkeit einer besseren Abstimmung zwischen Gesundheits- und Sozialfürsorge geworfen.

► Eine „High-Road“-Strategie für eine universelle soziale Sicherung zugunsten einer sozial gerechten Zukunft

COVID-19 hat uns noch deutlicher vor Augen geführt, wie entscheidend wichtig die Verwirklichung einer universellen sozialen Sicherung ist. Die Länder – Regierungen, Sozialpartner und andere Akteure – müssen nun unbedingt dem Druck widerstehen, auf eine minimalistische „Low-Road“-Strategie zurückzufallen, und stattdessen eine qualitätsorientierte „High-Road“-Strategie für die soziale Sicherung verfolgen, um der anhaltenden Pandemie zu begegnen und eine am Menschen orientierte Erholung und eine inklusive Zukunft zu sichern. In dieser Hinsicht sind mehrere Prioritäten zu benennen:

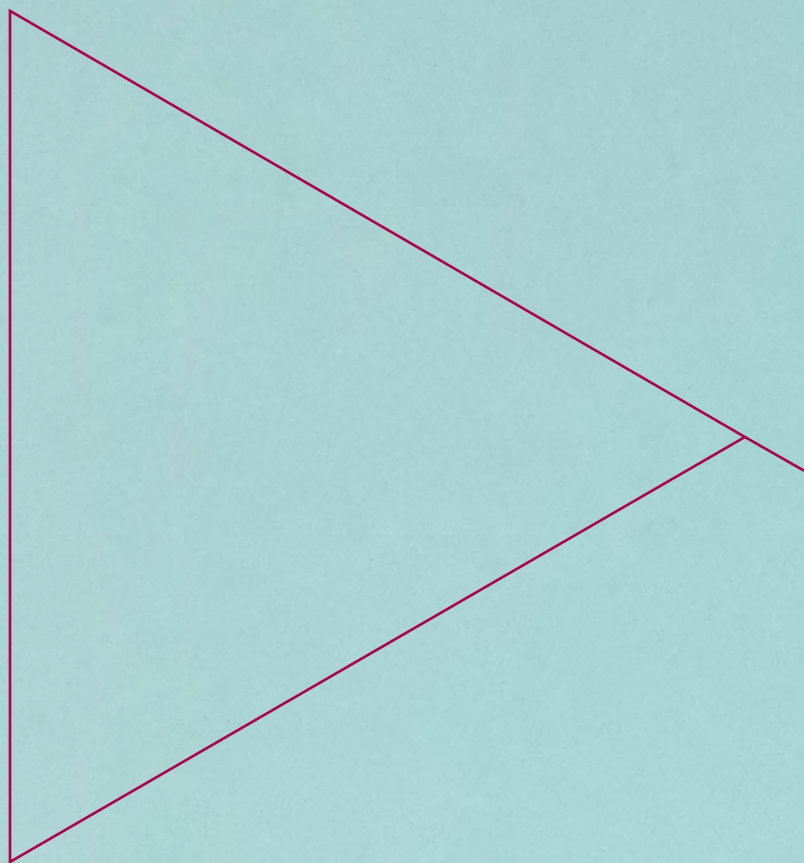
- Die krisenbedingte Ausweitung von Sozialleistungen im Zusammenhang mit COVID-19 sollte aufrechterhalten werden, bis die Krise abgeklungen und die Erholung in vollem Gange ist. Gleichzeitig muss fortgesetzt in soziale Sicherungssysteme investiert werden, um den Lebensstandard aufrechtzuerhalten, einen chancengleichen Zugang zu Impfstoffen und zur Gesundheitsversorgung zu gewährleisten und eine weitere Schrumpfung der Wirtschaft zu verhindern. Die Sicherung eines chancengleichen und frühzeitigen Zugangs zu Impfstoffen ist entscheidend für die Gesundheit und den Wohlstand aller Länder und Völker. In einer vernetzten Welt ist dies unabdingbar für eine wahrlich inklusive Erholung.
- Der Versuchung, zu einer Haushaltskonsolidierung zurückzukehren, um die durch COVID-19 bedingten massiven öffentlichen Ausgaben zu decken, muss widerstanden werden. Frühere Krisen haben gezeigt, dass Sparmaßnahmen tiefe soziale Narben hinterlassen und die Schwächsten der Gesellschaft treffen. Demgegenüber können Maßnahmen zugunsten einer beschäftigungsintensiven, am Menschen orientierten Erholung, die an Gesundheits-, Sozial-, Umwelt- und Klimazielen ausgerichtet ist, zu Einkommenssicherheit, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zu den Zielen des sozialen Zusammenhalts beitragen, die Steuerbasis verbreitern und helfen, eine universelle soziale Sicherung zu finanzieren.
- Inmitten der verheerenden Folgen der Pandemie besteht zumindest die geringe Hoffnung, dass sich die Denkweisen gewandelt haben. Indem die Pandemie die inhärente Verletzlichkeit aller Menschen bloßgelegt und deutlich gemacht hat, dass unser individuelles Wohlergehen eng mit dem kollektiven Wohlergehen und der Sicherheit anderer verknüpft ist, hat sie den Nachweis für die Unverzichtbarkeit von sozialer Sicherung erbracht. Darüber hinaus hat die Krise gezeigt, dass die Länder erheblichen Spielraum haben, im Sinne einer „What-ever-it-takes“-Mentalität alles nur Mögliche zu tun, um vorrangige Ziele zu erreichen, sofern sie dies wollen. Wenn dieser Grundsatz auch nach der Überwindung der schlimmsten Phase der Pandemie verfolgt wird, besteht die Aussicht, dass ein qualitätsorientierter Weg („High-road“) zur Verwirklichung der SDG und einer universellen sozialen Sicherung beschritten werden kann.
- Zu diesem Zweck müssen dauerhafte universelle soziale Sicherungssysteme aufgebaut werden, die eine angemessene und umfassende Absicherung für alle bieten und sich von einem effektiven dreigliedrigen sozialen Dialog leiten lassen. Diese Systeme sind essentiell, um Armut und Ungleichheit zu verhindern und die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu meistern, insbesondere indem menschenwürdige Arbeit gefördert, Frauen und Männer in der Bewältigung von Übergängen im Privat- und Erwerbsleben unterstützt, der Übergang von Erwerbstätigen und Unternehmen von der informellen zur formalen Wirtschaft erleichtert, die strukturelle Umwandlung von Volkswirtschaften gestärkt und der Übergang zu ökologisch nachhaltigeren Volkswirtschaften und Gesellschaften unterstützt wird.
- Zur Schließung von Finanzierungslücken müssen nun weitere Investitionen in die soziale Sicherung getätigt werden. Insbesondere ist es wichtig, prioritär in einen national definierten sozialen Basisschutz zu investieren, um das Versprechen der Agenda 2030 einzulösen. Finanzpolitischer Spielraum ist selbst in den ärmsten Ländern vorhanden. Die Mobilisierung inländischer Ressourcen ist entscheidend,

jedoch ist auch eine konzertierte internationale Unterstützung notwendig, um zu rascheren Fortschritten in den Ländern beizutragen, die nicht über ausreichende finanzielle und wirtschaftliche Kapazitäten verfügen, insbesondere Länder mit niedrigem Einkommen und unzureichenden Investitionen in die soziale Sicherung.

- Die universelle soziale Sicherung wird durch die gemeinsamen Bemühungen der Organisationen der Vereinten Nationen gemäß dem Motto „Einheit in der Aktion“ und durch konzertierte Anstrengungen der einschlägigen internationalen, regionalen, subregionalen und nationalen Institutionen und Sozialpartner, der Zivilgesellschaft und anderer Akteure unterstützt, unter anderem durch die Globale Partnerschaft für universelle soziale Sicherung (USP2030).
- Die durch COVID-19 eröffnete einmalige politische Gelegenheit sollte die Länder darin bestärken, jetzt entschlossene Maßnahmen für die Zukunft der sozialen Sicherung zu treffen und mit Nachdruck ein „High-road“-Politik-konzept zu verfolgen. Dadurch werden die Gesellschaften in die Lage versetzt, künftige Krisen und die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel, der sich verändernden Arbeitswelt, der Migration, Umweltproblemen und der existenziellen Bedrohung durch den Klimawandel zu bewältigen. Ein robustes soziales Sicherungssystem wird dazu beitragen, den fragilen Gesellschaftsvertrag zu stützen und zu heilen und Ländern die Gestaltung einer sozial gerechten Zukunft zu ermöglichen.

Soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Arbeit fördern


Die Internationale Arbeitsorganisation ist die Organisation der Vereinten Nationen für die Welt der Arbeit. Wir bringen Regierungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zusammen und unterstützen einen am Menschen orientierten Ansatz zur Zukunft der Arbeit. Wir fördern Beschäftigung, Rechte bei der Arbeit, sozialen Schutz und sozialen Dialog.





ilo.org

Internationale Arbeitsorganisation

Route des Morillons 4
1211 Geneva 22
Switzerland

 International Labour Organization

 @ILO

 ILOTV